

Grosser Rat fordert mehr Parkplätze

39 Parkplätze sollen an Freiburgerstrasse bestehen bleiben – dem Parlament ist das zu wenig

Von Martin Regenass

Basel. Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) war die Enttäuschung nach der gestrigen Grossratsdebatte ins Gesicht geschrieben. Stimmt die Uvek dem Ratschlag zur Sanierung der Freiburgerstrasse zwischen der Hochbergerstrasse und dem Zoll Otterbach noch einstimmig mit 13 zu null Stimmen zu, wendete der Grosse Rat das Blatt gestern. 45 Parlamentarier beantragten gegenüber 40 bei fünf Enthaltungen, den Ratschlag an Regierungsrat Hans-Peter Wessels (SP) und dessen Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) zurückzuweisen. Dieses muss nun die Pläne für die Sanierung des Abschnitts an der Freiburgerstrasse neu überarbeiten und dafür sorgen, dass nicht wie geplant 61 von 100 Parkplätzen abgebaut werden, sondern weniger.

Der Abbau in dieser Höhe wird nach den aktuellen Plänen notwendig, weil im Bereich der Kreuzung Hochbergerstrasse eine zusätzliche Einspurstrecke geschaffen werden soll. Darüber hinaus soll der Radweg in Richtung Basel, der heute ein Mergelweg ist, zugunsten von 29 Bäumen entlang des Bahndamms aufgehoben werden. Der Radweg in Richtung Basel soll nach den aktuellen Plänen auf die andere Seite angrenzend an das Waldstück verlegt werden. Bei der Einfahrt in die Neuhausstrasse soll ein Kreisell gebaut werden.

Wüthrich (GB) sprach von «unhaltbaren Zuständen» für die Velofahrer, die heute in diesem Abschnitt unterwegs sind. «Es handelt sich um eine kantonale Velobasis und eine Pendlerroute», da könne es nicht sein, dass sich Velofahrer und Fussgänger die Strasse



Nur spärlich genutzt? Gestern kurz nach Mittag parkierten relativ viele Autos an der Freiburgerstrasse. Foto Lucian Hunziker

teilen müssen. Zudem genüge die Kapazität der Freiburgerstrasse in diesem Bereich dem gestiegenen Verkehrsaufkommen nicht mehr. «Die Rückstaus behindern auch die 55er-Buslinie.» Weshalb die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Uvek mit dem Geschäft einverstanden waren, in der Grossratsitzung aber die Rückweisung beantragten, erklärte Wüthrich so: «Wahrscheinlich sitzen bei den Bürgerlichen die falschen Leute in der Kommission.»

SP-Grossrat Jörg Vitelli sprach davon, dass die Bürgerlichen in der Uvek Leute hätten, die «eben weiterdenken würden» oder aber, dass diese möglicherweise mit «gezinkten Karten» gespielt hätten.

Dieser Aussage widersprach Uvek-Vizepräsident Heiner Vischer (LDP) vehement. «Das Projekt hat durchaus seine guten Seiten. Die Verbesserung des Verkehrsflusses ist

notwendig und die Strasse muss den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden.» Es sei aber auch wichtig, einige Parkplätze zu retten. Vischer: «Den Veloweg könnte man anstatt der Bäume unterhalb des Bahndamms realisieren.»

Sanierung unbestritten

Dass die Sanierung der Strasse und der Leitungen für über sechs Millionen Franken notwendig ist, wurde von keiner Partei infrage gestellt. Den Bürgerlichen ging einfach der hohe Verlust der Parkplätze zu weit. Die FDP und SVP drohten gar mit dem Referendum, hätte das Parlament den aktuellen Ratschlag durchgewunken. SVP-Grossrat Edi Rutschmann: «Wir wehren uns gegen diesen unsäglichen Parkplatzabbau. Damit muss nun im Interesse unserer Bevölkerung endlich Schluss sein.»

Dass das Geschäft schlank durch die Uvek ging, hängt möglicherweise auch

mit den Zahlen zusammen, welche im Ratschlag über die Belegung der Parkplätze stehen. Von den 100 bewirtschafteten Plätzen, so der Ratschlag, würden heute zirka 22 regelmässig genutzt. Ein Angebot mit 39 könne daher als absolut ausreichend angesehen werden. Um solche Belegungszahlen entbrannte denn auch eine Diskussion. Nicht alle Grossräte trauten den Zählungen des BVD. Das veranlasste Wüthrich gar dazu, Luftaufnahmen vom 23. Juni 2015 um 16.30 Uhr zu zeigen, als die Parkfelder nur spärlich belegt waren.

Damit dürfte sich der Uvek-Präsident noch erhofft haben, die Stimmen der GLP-Parteimitglieder auf seine Seite zu bringen. Schliesslich hatte die Fraktion das Stimmverhalten offen gelassen. Trotz aller Versuche in einer engagierten Debatte brachte der Uvek-Präsident sein Anliegen nicht durch. Es blieb die Enttäuschung.